



► Nr. VO/2020/08967  
öffentlich

Lübeck, 28.05.2020

## Antwort -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:  
1.160 - Frauenbüro

Bearbeitung: Andrea Aewerdieck (E-Mail: [andrea.aewerdieck-zorom@luebeck.de](mailto:andrea.aewerdieck-zorom@luebeck.de) Telefon:  
122-1615)

## Anfrage des AM Birte Duggen "Auswirkungen der Initiative 'Gewalt gegen Frauen'", VO/2020/08767

### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
08.06.2020	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
23.06.2020	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

### Anlass:

#### Anfrage:

Im Frühjahr 2017 war in der Zeitung von einer großen Initiative „Gewalt gegen Frauen“ zu lesen. Es fuhr seinerseits ein Bus des Stadtverkehrs versehen mit dem Motto „du bist nicht allein“ – „es gibt Hilfen in Lübeck bei Gewalt“. Über 30 Organisationen wie die Stadtwerke, die Stadtverwaltung oder auch die Fraktionen der Bürgerschaft beteiligten sind an der Aktion. In städtischen Unternehmen sind Flyer verteilt worden, die auch Ansprechpartner:innen in den Betrieben benannt haben und Unterstützungsmöglichkeiten im Betrieb aufzeigen sollten. Dazu frage ich:

Ist dem Bürgermeister bekannt, ob die Aktion dazu geführt hat, dass Mitarbeiter:innen in städtischen Unternehmen und auch bei der Stadtverwaltung das Angebot / die Unterstützungsmöglichkeiten in Anspruch genommen haben? Wenn ja, wie stellt sich das nach Jahren 2017, 2018 und 2019 dar? (Bitte um Benennung der Anzahl der Inanspruchnahmen nach Jahren je teilnehmenden Unternehmen / Betrieb und auch der Stadtverwaltung.)

### Antwort:

In der Anfrage werden drei unterschiedlich durchgeführte Formate zum Thema Gewaltprävention / Sensibilisierung gegen Gewalt“ vermischt:

- 1) **Bus „du bist nicht allein“:** Dies war eine Initiative des Frauenbüros, einen Bus mit zentralen Lübecker Notrufnummern zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ in Lübeck fahren zu lassen; die Finanzierung erfolgte im ersten Jahr aus Mitteln des Frauenbüros und des Kriminalpräventiven Rates der HL; in den beiden Folgejahren konnte das Frauenbüro eine Finanzierung über das Gleichstellungsministerium erwirken (die Zeit, in der Bus damit fuhr, endete im Januar 2020) – zur Information dazu die 1. Pressemeldung vom 31.1.2017 als Anlage 1
- 2) **Beteiligung von mehr als 30 Organisationen** Jährlich zum Internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ (25.11.) hissen mehr als 30 Organisationen in Lübeck ei-

ne Fahne zum Thema „Frei leben ohne Gewalt“ über einen Zeitraum von einer Woche. Dies ist ein gemeinsames Zeichen nach außen, sich gegen Gewalt an Frauen zu positionieren und sich für eine Sensibilisierung des Themas einzusetzen. (siehe als Anlage 2: Brief dazu aus dem Jahr 2019)

- 3) Im Jahr 2016 gab es eine konzertierte Aktion der Gleichstellungsbeauftragten vieler Lübecker Unternehmen (städtischerseits: Hansestadt Lübeck, Stadtwerke und LHG letztere beide, da es dort eine hauptamtliche GB gibt; ansonsten waren beteiligt die 3 Hochschulen MHL, TH und Uni, DRV und evtl. noch weitere...). Zeitgleich wurde in diesen Lübecker Unternehmen zum Thema „häusliche Gewalt“ sensibilisiert. „Häusliche Gewalt ist keine Privatsache. Mut zum Gespräch am Arbeitsplatz“ – so war der Flyer überschrieben (siehe als Anlage 3 beispielhaft den Flyer der Hansestadt Lübeck) Zielsetzung war und ist, Beschäftigte und Vorgesetzte für das Thema zu sensibilisieren und deutlich zu machen, dass die Unternehmen bereit sind, von häuslicher Gewalt betroffene Beschäftigte zu unterstützen. (nähere Informationen siehe hier <https://www.frauenrechte.de/unsere-arbeit/themen/haeusliche-und-sexualisierte-gewalt/workplace-policy> ) In Kooperation mit den Lübecker Frauenfachberatungsstellen wurde Informationsmaterial für diese Betriebe zusammengestellt, das die Vorgesetzten in den Unternehmen erhielten (siehe Anschreiben dazu als Anlage 4 für die HL), um ggf. auf vorhandene Hilfeeinrichtungen und Unterstützungsangebote hinweisen zu können.

Die Lübecker Unternehmen erstellten jeweils in Eigenregie hauseigene Informationsblätter mit jedoch gleichem oder annähernd gleichem Text. Diese wurden z.B. bei der HL mit der Gehaltsabrechnung an die Beschäftigten weitergegeben. Es wurden dort sowohl Ansprechpartner:innen in den Betrieben benannt, als aber auch insbesondere auch die Fachberatungsstellen zum Thema in der HL. Für die Stadtverwaltung gab es nach Kenntnisstand des Frauenbüros keine verstärkt vermehrte Nachfrage bei den intern benannten Ansprechpersonen; beim Frauenbüro gingen einige Nachfragen von Vorgesetzten ein, um Beschäftigte unterstützen zu können. Ob die Nachfragen bei den Frauenfacheinrichtungen daraufhin gestiegen ist, ist nicht abschätzbar. Da die konzertierte Aktion der GBs in einer Reihe großer öffentlicher Unternehmen in der HL zeitgleich lief, wird auch von Seiten der Frauenfachberatungsstellen nicht nachvollziehbar sein (schon allein aus Datenschutzgründen nicht), aus welchen Unternehmen die Ratsuchenden kamen. Von daher sind die erbetenen Auswertungen nicht möglich.

Elke Sasse

## **Anlagen:**

Bürgermeister Jan Lindenau